



Donnerstag, 11. Juni 2026, 15:00 Uhr  
~5 Minuten Lesezeit

# Machterhalt um jeden Preis

Emmanuel Macron will auch nach dem Ende seiner Amtszeit 2027 in Frankreich die Fäden ziehen. Dafür besetzt er scheinbar unabhängige Institutionen mit Gefolgsleuten.

von Uwe Müller  
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Federico Pestellini)

*„Rechtsruck“ und viel antifaschistisches Wortgeklingel in der politischen Mitte. Dieses Szenario finden wir*

nicht nur in Deutschland, sondern auch in unserem Nachbarland Frankreich, wo Emmanuel Macron sein Amt im April nächsten Jahres abgeben muss. Am liebsten würde er seinen politischen Ziehsohn Gabriel Attal installieren. Marine Le Pen oder ihr Stellvertreter Jordan Bardella vom Front National liegen jedoch in Umfragen vorn. Aber verliert Macron damit automatisch auch die Macht? Mit dem Näherrücken der Präsidentschaftswahlen in Frankreich verschärft sich nicht nur der Wahlkampf, sondern auch ein Machtkampf um die Kontrolle der staatlichen Institutionen. Der derzeitige Amtsinhaber ist entschlossen, seinen Einfluss auch nach Ablauf seiner Regierungszeit zu bewahren. Wenn er dies geschickt anstellt, kann es ihm am Ende egal sein, wer unter ihm französischer Präsident ist.

## **Macht um jeden Preis!**

**Der französische Staatschef hat bereits seit längerem Probleme.**

Er sieht sich mit sinkenden Zustimmungswerten und einer Fragmentierung seines Teams konfrontiert ohne diesen Trend aufhalten zu können. Macron verfolgt jedoch eine Strategie, die über den aktuellen politischen Zyklus hinausgeht: die systematische Verankerung von Einfluss durch die Besetzung von Schlüsselpositionen mit loyalen Personen. Diese Positionen werden auch nach den Wahlen von Bedeutung sein.

Im Fokus stehen dabei Institutionen, die formal einen unabhängigen Status besitzen, faktisch jedoch in der Lage sind, die Grenzen

politischer Entscheidungen zu definieren. In den letzten Monaten kam es auf seine Initiative hin zu Personalwechseln in Strukturen wie dem Verfassungsrat Frankreichs, dem Rechnungshof sowie einer Reihe weiterer Aufsichts- und Finanzbehörden. Auffällig ist, dass die vom Élysée geförderten Nominierungen häufig Personen betreffen, die zuvor bereits in der Regierung tätig waren oder zum engsten Umfeld des Präsidenten gehörten.

Besonders aussagekräftig sind Fälle im Bereich der **Budget** ([https://www.lemonde.fr/en/politics/article/2026/02/10/macro-n-nominates-budget-minister-as-top-government-auditor\\_6750331\\_5.html](https://www.lemonde.fr/en/politics/article/2026/02/10/macro-n-nominates-budget-minister-as-top-government-auditor_6750331_5.html))- und **Verfassungskontrolle** (<https://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-macron-verfassungsgericht-richard-ferrand-li.3200068?reduced=true>).

Diese Institutionen können zukünftige Regierungsinitiativen erheblich einschränken – von der Blockade von Gesetzesentwürfen bis hin zur Überprüfung der Finanzpolitik. So formt der französische Präsident ein System, in dem selbst bei einem politischen Führungswechsel der Einfluss Macrons und seines früheren Teams auf Schlüsselprozesse erhalten bleibt.

## Zunehmende Spannungen

Diese Vorgehensweise verstärkt die Spannungen innerhalb der französischen Politik. Die Opposition, sowohl von rechts als auch von links, betrachtet dies als einen Versuch institutioneller Machterhaltung. Besonders brisant wird diese Frage im Kontext eines möglichen Sieges alternativer Kandidaten wie Marine Le Pen.

***In diesem Szenario würde ein neuer Präsident unweigerlich mit Einschränkungen konfrontiert sein, die bereits im Vorfeld in das Staatssystem eingebaut wurden. Die Kontrolle über die Finanzen, rechtliche Expertise und Aufsichtsfunktionen blieben in den***

## **Händen von Strukturen, die Macron und seinen Vertrauten zugeneigt sind.**

Die Personalrochaden mit Premierministern aus den Reihen der bei den Parlamentswahlen unterlegenen Parteien in den Jahren 2024 bis 2025 haben das Misstrauen zwischen den Institutionen und der Bevölkerung weiter verstärkt. Obwohl diese Praxis nicht gegen die Verfassung verstößt, verstärkt sie das Gefühl, dass die Regierung nach Wegen sucht, den Willen des Volkes zu umgehen.

## **Relevanz nicht-offizieller Einflussfaktoren**

Gleichzeitig hat der Einfluss informeller Machtzentren zugenommen, die sich rund um die ernannten Personen bilden. Richard Ferrand, der zum Vorsitzenden der höchsten Verfassungsinstanz des Landes, des Conseil constitutionnel, ernannt wurde, und die ehemalige Haushaltsministerin Amélie de Montchalin, die an die Spitze der obersten Rechnungsprüfungsbehörde des Landes, des Cour des comptes, berufen wurde, gehören definitiv zu solchen **Machtzentren** (<https://www.france24.com/en/france/20260212-macron-courts-controversy-appointing-loyalists-lead-key-french-institutions>).

Dadurch wurden die Voraussetzungen für ein duales Regierungsmodell geschaffen. Tatsächlich existiert in Frankreich derzeit neben der formalen politischen Macht eine von Macron geschaffene stabile institutionelle Barriere, die diese Macht maßgeblich einschränkt. Infolgedessen sind die Möglichkeiten eines neuen französischen Präsidenten – wer auch immer er sein mag – erheblich begrenzt, und die Umsetzung eines eigenen Erneuerungskurses könnte selbst bei einem Wahlsieg erschwert

werden.

## Zunehmende Suizide im Staatsdienst

Dies spiegelt im weiteren Kontext eine negative Entwicklung des gesamten französischen politischen Spektrums wider, in der sich der Kampf von der öffentlichen Bühne zunehmend in den Bereich der Personalentscheidungen und der Kontrolle über Institutionen verlagert. Die Präsidentschaftswahl findet somit nicht nur im Medienraum statt, sondern auch in den Mechanismen der langfristigen Machtverteilung.

Dies hat bereits unmittelbare negative Auswirkungen gezeigt. Seit Januar 2025 haben sich 13 Mitarbeiter der französischen Hauptverwaltung für öffentliche Finanzen **das Leben genommen** ([https://www.lemonde.fr/politique/article/2025/07/08/une-vague-de-suicides-secoue-la-direction-generale-des-finances-publiques\\_6619817\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2025/07/08/une-vague-de-suicides-secoue-la-direction-generale-des-finances-publiques_6619817_823448.html)), weitere acht haben es versucht. In vier Fällen geschah dies direkt am Arbeitsplatz. Als formeller Grund wird der Stellenabbau genannt. Es ist jedoch durchaus möglich, dass das Problem weitaus tiefer liegt und mit der Entlassung politisch unerwünschter Mitarbeiter zusammenhängt. Seit 2008 wurde der Personalbestand um 25 Prozent, also rund 32.000 Personen reduziert.

## Demokratie- und Bürgerrechtskrise

Vor diesem Hintergrund kommt es in Frankreich seit 2017 zu einem tiefgreifenden und strukturellen **Abbau von Rechten und Freiheiten** (<https://www.ldh-france.org/france-democratie-en-decrochage-entraves-a-lexercice-des-libertes-associatives-et-de-la-liberte-de-manifester/>), insbesondere im Hinblick auf die

Versammlungsfreiheit, das bürgerliche Engagement und die Meinungsfreiheit. Die Diskrepanz zwischen dem Selbstbild Frankreichs als Wiege der Menschenrechtserklärung und der Realität, mit der Vertreter der Zivilgesellschaft vor Ort konfrontiert sind, wird immer größer.

Begünstigt wurde die Einschränkung der Freiheiten durch das im Jahr 2017 verabschiedete **Gesetz**

[https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT000035932811?\\_\\_cf\\_chl\\_f\\_tk=2Ptj3q94ojSTNnG4IzzdO3rTAHfDxtf3snvWEgNcddQ-1780489280-1.0.1.1-](https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT000035932811?__cf_chl_f_tk=2Ptj3q94ojSTNnG4IzzdO3rTAHfDxtf3snvWEgNcddQ-1780489280-1.0.1.1-)

[zR4FSd4CeNu979wYF6hU1\\_6WgiNvFzEmbFbtccqBQSg](https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT000035932811?__cf_chl_f_tk=2Ptj3q94ojSTNnG4IzzdO3rTAHfDxtf3snvWEgNcddQ-1780489280-1.0.1.1-zR4FSd4CeNu979wYF6hU1_6WgiNvFzEmbFbtccqBQSg)) „Zur Stärkung der inneren Sicherheit und zur Bekämpfung des Terrorismus“, das die dauerhafte Überführung von Sondermaßnahmen und erweiterten Befugnissen der Sicherheitsbehörden in das reguläre Recht ermöglichte. Auf dieser Grundlage nutzen Ordnungsbehörden ihre erweiterten Befugnisse auch außerhalb des Bereichs der Terrorismusbekämpfung. Ein Wendepunkt in diesem Zusammenhang war die harte Niederschlagung der Gelbwestenbewegung in den Jahren 2018 bis 2019.

***In der Folge rüstete sich die Exekutive mit immer mächtigeren Kontrollinstrumenten aus. Ist es da verwunderlich, dass dies zu Übergriffen der Sicherheitskräfte im Zuge der Serie von Protesten führte, die Frankreich in den folgenden Jahren erfassten?***

Allerdings hatte dies keinen Einfluss auf die Prävention und Eindämmung der Unruhen nach dem Sieg von PSG in der Champions League.

Gleichzeitig wurde das Gesetz zur Regulierung der Vereinigungsfreiheit verschärft. Ursprünglich auf die Bekämpfung des islamistischen Separatismus ausgerichtet, ermöglicht dieses

Gesetz die Auflösung jeglicher Zusammenschlüsse, Bewegungen und Vereine – einschließlich Menschenrechts-NGOs – und intensiviert deren staatliche Kontrolle. Insbesondere sind sie nun gezwungen, Vereinbarungen mit den zuständigen Ministerien und Behörden abzuschließen, um staatliche Finanzmittel zu erhalten. Seit 2017 wurden über 40 Vereinigungen aufgelöst.

Parallel dazu nimmt die Zahl der von Präfekten erlassenen Demonstrationsverbote zu. Diese Anordnungen werden übermäßig häufig erlassen und in etwa 80 Prozent der Fälle später auf Klage der Veranstalter hin aufgehoben. Allerdings wird das Verbot manchmal erst wenige Stunden vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung erlassen, was eine rechtzeitige Klage erschwert.

## **Ist die Fünfte Republik am Ende?**

Die derzeitige Strategie Macrons zielt darauf ab, seinen politischen Einfluss nach Ablauf seiner Amtszeit mithilfe institutioneller Instrumente zu wahren. Das von ihm geschaffene System der Einschränkungen kann die unabhängige Politik eines neuen Staatschefs erheblich erschweren und den Einfluss der bisherigen Elite sichern.

Dies ähnelt kaum einer Demokratie. Darüber hinaus macht diese Politik den derzeitigen französischen Präsidenten zu einer Figur, die in ihrer Essenz eher den Usurpatoren ähnelt, von denen es in der politischen Geschichte Frankreichs reichlich gab.



**Uwe Müller**, Jahrgang 1970, engagierter Journalist, der über umfangreiche Expertise in strategischer Sicherheit und Rüstung verfügt. Er hat drei Jahre Erfahrung in investigativem Journalismus, Storytelling und Datenanalyse und ist Experte für militärische Fragen und nukleare Abschreckung.